

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Der Haushaltsplan der Stadt Krefeld für das Rechnungsjahr 1928/29 verabschiedet.

Der eingeleitete Betrag für Errichtung eines Gemeindefriedhofes getrichen. — Ablehnende Stellungnahme des Rates zum 6 Uhr-Abendklub.

Die Beratung des Haushaltsplanes.

Mitternacht war nahe herangerückt, als die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, die gestern abend ausnahmsweise erst 1/8 Uhr begann, ihr Ende erreichte. Es hatte zuvor eine einstündige nichtöffentliche Sitzung stattgefunden. Das Kollegium war fast vollständig anwesend, es fehlte nur Frau Stadtv. Berger (Soz.), so daß die bürgerliche Fraktion und die SPD-Fraktion mit je 13, die Aufwertungs- und Volksrecht-Partei und die Kommunisten mit je 3 Mitgliedern vertreten waren. Die beiden agrarischen Parteien hielten somit gestern die Wage; sie handten sich 15 zu 15 Stimmen gegenüber. Die kommunistische Fraktion, die bisher aus 3 Stadtverordneten bestand, ist um einen Sitz geschwächt worden. Der bisherige kommunistische Stadtverordnete Herr Paul Otto ist von der Partei ausgeschlossen worden, nachdem er es vorgezogen hatte, den Kommunisten den Rücken zu kehren und sein Mandat als Stadtverordneter der sozialdemokratischen Fraktion weiter auszuüben. Am Raisische hatte Herr Erker Bürgermeister Dr. Scheiber und die Herren Stadtrat Freudenberg und Schumann Platz genommen. Letztere beiden Herren verließen die Sitzung nach etwa zweistündiger Anwesenheit. Der Zuhörerraum war zu Anfang sehr gut besetzt. Er leerte sich aber immer mehr, je mehr die Nachtzeit vorrückte. Vier Herren, die an der Mitteilung des Rates, den 6-Uhr-Abendklub betr., besonderes Interesse zu haben schienen, verließen den Saal schließlich auch nach Bekanntgabe der Mitteilung, so daß am Schluß der Sitzung außer dem Kollegium und Herrn Erken Bürgermeister nur noch die Vertreter der Presse anwesend waren. Die Tagesordnung umfaßte 13 Punkte, von denen der weitaus größte Teil von nicht allzu großer Bedeutung war. Von besonderer Wichtigkeit war natürlich die Beratung des neuen Haushaltsplanes. Das sehr umfangreiche Rechnungswerk, das bereits von den einzelnen Körperschaften in mehreren Sitzungen eingehend durchberaten worden war, wurde aber in ziemlicher Einnützigkeit behandelt, nur die beiden Kommunisten nahmen die gewöhnliche Sonderstellung ein; sie lehnten, nachdem mehrere von ihnen eingebrachte Reklamationsanträge der Ablehnung verfallen waren und die größtenteils kaum Beachtung gefunden hatten, den Haushaltsplan rundweg ab. Der kommunistische Hauptredner, Herr Stadtv. Meier, erwiderte durch seine im kommunistischen Sinne gehaltenen „endlose“ Anklagen weiter nichts, als daß dadurch die Sitzung unnützlichweise in die Länge gezogen wurde. Er freilich wies darauf hin, daß die beiden agrarischen Parteien bei den Beratungen im Finanzausschuß bei mehreren ausschlaggebenden Positionen des Haushaltsplanes geeinigt; sie waren sich nach und nach näher gekommen und hatten durch Nachgeben der einen oder der anderen Seite ermöglicht, dem Rechnungswerk grundsätzlich zuzustimmen. Trotzdem aber wurden zunächst von der bürgerlichen Fraktion noch einige Punkte angedeutet, von deren Erledigung sie die Annahme oder Ablehnung des Haushaltsplanes abhängig machen wollte. Es wurde hin und her verhandelt, denn auch die sozialdemokratische Fraktion gab nunmehr ihre Stellungnahme bekannt, und fast schien es, als ob die Verabschiedung des Werkes doch noch scheitern solle. Ausschlaggebend war für die Rechte besonders die Beschlußfassung über die Einrichtung eines Gemeindefriedhofes und Bewilligung der Mittel zu Lasten des diesjährigen und nächstjährigen Haushaltsplanes. Die Linke betrachtete die Einrichtung als eine Notwendigkeit, während die bürgerliche Fraktion den Standpunkt vertritt, daß eine dringende Notwendigkeit nicht vorliege und auch die gegenwärtige finanzielle Lage der Stadt die Errichtung eines Gemeindefriedhofes nicht gestatte. Schließlich erklärte aber die Rechte, daß sie dem Haushaltsplan im Interesse der aufricht zu haltenden Selbstverwaltung zustimmen werde und daß über den zu fraglichen Zwecke eingehenden Betrag von 25 000 RM. gesondert abgehandelt werden solle. Die bei Beratung des betreffenden Abschnitts vorgenommene Abstimmung ergab die Streichung der eingeleiteten Summe mit 15 gegen 15 Stimmen. Einige weitere teils von der bürgerlichen, teils von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte unwesentliche Änderungs- bzw. Zusatzanträge wurden erledigt und der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928/29 gegen die zwei kommunistischen Stimmen verabschiedet. Der gedruckte Entwurf war den Stadtverordneten bereits einige Tage zuvor zur Einsichtnahme zugegangen. Die einzelnen Fraktionen hatten sich in ihren Sitzungen eingehend damit beschäftigt, so daß es sich erübrigte, gestern nochmals in Einzelberatungen einzugehen. Es wurden die Abschnitte der Reihe nach aufgerufen und nach Annahme oder Ablehnung der gestellten Anträge und Anregungen genehmigt. So ging die Erledigung verhältnismäßig glatt vonstatten, nachdem Herr Stadtv.-Vorsteher Günther schon von vornherein erklärt hatte, daß von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion auf die ausschließlichen kommunistischen Agitationsanträge zeitraubende Erwiderungen nicht folgen würden. Da die Anträge der Kommunisten nicht die erforderliche Unterstützung fanden, erledigten sie sich, ohne daß dazu Stellung genommen wurde, von selbst.

Aus nebenstehender Hauptübersicht ist zu ersehen, aus welchen Beträgen sich der Haushaltsplan zusammensetzt. Der ungedeckte Teilbetrag des Entwurfes erklärt nach den gestern vorgenommenen Beschlüssen eine unwesentliche Änderung. Durch die beschlossene Streichung des ursprünglich eingeleiteten Betrages von 25 000 RM. für die geplante Einrichtung eines Gemeindefriedhofes, welcher einige vorgenommene Mehrerhebungen auf der Ausgabenseite gegenübersteht, wird der ungedeckte Gesamtbetrag entsprechend herabgesetzt.

Unter der Leitung des Herrn Stadtv.-Vorst. Günther wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

Zur Geschäftsordnung verlas zunächst Herr Stadtv. Meier (Komm.) ein Schreiben, in welchem mitgeteilt wurde, daß Herr Stadtv. Paul Otto von der kommunistischen Partei ausgeschlossen und es ihm somit untersagt worden sei, das Stadtverordnetenmandat als Vertreter der kommunistischen Fraktion weiter auszuüben. Herr Otto habe durch sein Verhalten gegen die Interessen der Partei verstoßen; er habe auch sein Amt als Stadtverordneter dazu benutzt, persönliche Vorteile zu erzielen. — Diesen letzteren Vorwurf wies Herr Stadtv.-Vorsteher Günther als unparlamentarischen Ausbruch zurück und gab bekannt, daß Herr Stadtv. Otto in der vorhergegangenen nichtöffentlichen Sitzung erklärt habe, daß ihm die politische Einheilung der kommunistischen Partei nicht mehr zuzugehen und daß er sich entschlossen habe, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und sein Mandat als Mitglied der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion weiter auszuüben. — Das Schreiben nahm von diesem Mitteilungen Kenntnis.

Nr.	Bezeichnung	1928				1927			
		Einnahme RM	Ausgabe RM	Ueberschuß RM	Defizit RM	Einnahme RM	Ausgabe RM	Ueberschuß RM	Defizit RM
A. Allgemeine Verwaltung									
1	Hauptverwaltung	516800	699884	—	188584	411620	576550	—	164930
2	Postamt	600	1200	—	600	—	110	—	110
3	Steuerverwaltung	13010	68250	—	55240	10000	55500	—	45500
4	Wohnungsamt	560	15800	—	15240	510	13100	—	12590
5	Wohnungsbauamt	50	2850	—	2600	50	3250	—	2200
6	Versicherungsamt	160	12700	—	12540	60	9700	—	9640
7	Standesamt	2847	11100	—	8758	1890	6900	—	7020
	Gewerbe- und Kaufmannsgericht	—	—	—	—	90	290	—	200
	Summe A.	588027	811534	—	278507	424210	666400	—	242190
B. Polizeiverwaltung									
8	Sicherheitspolizei	13900	151700	—	137800	13900	121700	—	108400
9	Haupolizei	2700	21000	—	18300	2800	14700	—	11900
10	Gesundheits- und Wohlfahrtspolizei	2660	14200	—	11540	3660	15100	—	11440
	Summe B.	19260	186900	—	167640	19760	151500	—	131740
C. Bauverwaltung									
11	Bauverwaltung	280350	347551	—	67201	78500	184700	—	56200
12	Tiefbauamt	72000	210700	—	138700	72530	179090	—	106560
13	Straßenbeleuchtung	300	46800	—	46000	—	—	—	—
14	Hochbauamt	—	2000	—	2000	—	2000	—	2000
	Summe C.	352650	606551	—	253901	151030	815790	—	164760
D. Betriebe und Unternehmungen									
15	Gaswerk	15000	—	15000	—	—	—	—	—
16	Wasserwerke	15000	—	15000	—	—	—	—	—
17	Kraftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Schlachthof	5000	—	5000	—	—	—	—	—
19	Krankenhaus	—	22000	—	22000	—	30000	—	30000
20	Sparkasse und Stadtbank	12000	—	12000	—	5000	—	5000	—
21	Häber	4300	12600	—	8300	4300	11200	—	6900
22	Feuerwehr	25100	25100	—	—	24000	24000	—	—
23	Park- und Gartenanlagen	22500	60600	—	38100	23700	63000	—	39300
24	Märkte	1520	450	1070	—	1520	430	1090	—
	Summe D.	100420	120750	48070	68400	58520	128630	6090	76200
E. Schulen									
25	Volksschulen	—	190648	—	190648	—	125134	—	125134
26	Oberrealschule	92300	241450	—	149150	84150	202420	—	118270
27	Essentielle höhere Handelshochschule	—	14700	—	14700	—	12000	—	12000
	Summe E.	92300	446798	—	354498	84150	339554	—	255404
F. Kunst und Wissenschaft									
28	Theater	14000	20150	—	6150	12000	16400	—	4400
29	Stadtbücherei	675	4750	—	4075	620	3850	—	3030
	Summe F.	14675	24900	—	10225	12620	20050	—	7430
G. Wohlfahrtspflege									
30	Pflege- und Wohlfahrtsvereine	68500	550110	—	481610	57500	481930	—	424430
31	Erwerbslosenfürsorge	500	10000	—	9500	50	25000	—	24950
32	Gesundheitspflege	—	22260	—	22260	—	3240	—	3240
	Summe G.	69000	582370	—	513370	57550	510170	—	452620
H. Finanzverwaltung									
33	Kapital- und Schuldenverwaltung	501350	613804	—	112454	217020	304376	—	87356
34	Grundstücksverwaltung	163192	153450	—	9742	121120	144630	—	23510
35	Rittergüterverwaltung	64300	51900	12400	—	68650	53950	9700	—
36	Allgemeiner Aufwand	28500	60400	—	31900	31000	61890	—	30890
37	Steuern und Abgaben	1430800	12000	1418800	—	1203000	12000	1191000	—
	Summe H.	2188142	891554	1440942	144354	1635790	576846	1200700	141756
Zusammenstellung									
A.	Allgemeine Verwaltung	588027	811534	—	278507	424210	666400	—	242190
B.	Polizeiverwaltung	19260	186900	—	167640	19760	151500	—	131740
C.	Bauverwaltung	352650	606551	—	253901	151030	815790	—	164760
D.	Betriebe und Unternehmungen	100420	120750	48070	68400	58520	128630	6090	76200
E.	Schulen	92300	446798	—	354498	84150	339554	—	255404
F.	Kunst und Wissenschaft	14675	24900	—	10225	12620	20050	—	7430
G.	Wohlfahrtspflege	69000	582370	—	513370	57550	510170	—	452620
H.	Finanzverwaltung	2188142	891554	1440942	144354	1635790	576846	1200700	141756
	Summe	3869474	3671857	1489012	1790895	2448630	2708940	1206790	1472100
	Rechtsbetrag	301883	—	301883	—	265310	—	265310	—
	Summe	3671391	3671357	1790895	1790895	2708940	2708940	1472100	1472100

Einrichtung eines Gemeindefriedhofes und Bewilligung der Mittel zu Lasten des diesjährigen und nächstjährigen Haushaltsplanes betr.

Herr Stadtv. Billig (Soz.) erbat den Bericht und erklärte, daß die SPD schon einmal in einer früheren Sitzung die Einrichtung eines Gemeindefriedhofes beantragt habe. Es sollen etwa 25 000 RM. in dem Haushaltsplan für obigen Zweck eingestellt werden. Geplant sei, noch in diesem Jahre die Planung und Grundflächenanlage vornehmen zu lassen. — Der Rat hat diesem Projekte zugestimmt.

Herr Stadtv. Erker gab den ablehnenden Standpunkt der bürgerlichen Fraktion bekannt, der in der finanziellen Notlage der Stadt begründet sei. Auf die Einwendungen von linker Seite, daß die betr. Verordnung der städtischen Regierung noch bestünde, wodurch mancherlei Streitpunkte unerträgliche Zustände geschaffen hätten, erwiderte Herr Erker, daß die einigermassen gutem Willen trotz der bestehenden Verordnungen eine Grundlage der Verhandlung gefunden werden könne.

Die Ratvorlage wurde schließlich mit 15 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Die Errichtung eines Unterfunkthausens auf dem Mühl-Sportplatz nach einem neuen Projekte betr.

Der Berichterstatter, Herr Stadtv. Billig, wies zunächst darauf hin, daß diese Angelegenheit das Kollegium

bereits beschäftigt habe. Es sei nunmehr geplant, das Projekt etwas neuzeitlicher zu gestalten. Die Kosten dafür seien mit 33 500 RM. veranschlagt worden. Trotz der erhöhten Erstellungskosten sei man sich im allgemeinen darüber klar, daß eine Notwendigkeit vorliege. Rat und Finanzausschuß seien in der Frage einig geworden, dem Projekte zuzustimmen. Einen anderen Standpunkt habe der Bildungsausschuß eingenommen, indem er vorzuschlagen beschloß, für dieses Jahr den Betrag von 6000 RM. als erste Rate einzusetzen.

Herr Erker Bürgermeister Dr. Scheiber bemerkte, die Ratvorlage gehe dahin, nicht dem früheren kleineren Projekt näherzutreten, sondern dem 2. Projekt, das Unterfunkthaus in der vorgezeichneten Weise zu errichten und dazu 6000 RM. in den diesjährigen Haushaltsplan einzustellen, die restliche Summe aber aus Anleihemitteln in den nächstjährigen außerordentlichen Haushaltsplan einzustellen. Um rechtzeitig zwecks Aufnahme einer Anleihe in Verhandlungen eintreten zu können, sei es erwünscht, daß bereits heute entsprechend Beschluß gefaßt werde.

Herr Stadtv. Billig erklärte, daß sich die Rechte einverstanden erklärt, als 1. Rate 6000 RM. einzustellen, damit solle aber noch nicht entschieden sein, wie die Vorlage laute, das größere Projekt im kommenden nächsten Frühjahr zur Ausführung gelangt.

Herr Stadtv. Fischer wandte sich gegen das weitgehendere Projekt. Er vertritt die einsamige Meinung, was Sport treiben möge, solle es selbst bezahlen. Demgegenüber